

POLIZEI REPORT



Beihilfekürzung?
Nicht mit uns!

Bezirksgruppe Südhessen in der Gewerkschaft der Polizei
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT

LIEBE GDP-MITGLIEDER,
LIEBE KOLLEGINNEN UND
KOLLEGEN,



das Jahr 2014 neigt sich dem Ende zu und wenn wir die Augen schließen und die vergangenen 11 Monate Revue passieren, dann wissen wir nicht, wo die Zeit geblieben ist und wie schnell das Jahr wieder an einem vorbeigerast ist.

Die Weihnachtszeit haben wir bisher auch dazu genutzt, um mal durchzuschlafen und die Systeme zur Erholung runter zu fahren.

Das Jahr 2014 hat uns mit der neuen Landesregierung in ihrer Konstellation Schwarz/Grün nicht viel Gutes gebracht. Wir starteten Anfang des Jahres mit neuer Hoffnung und Zuversicht, geblieben sind Enttäuschungen. Stellenabbau von qualifiziertem Tarifpersonal, Fehlerhafte Überleitung des 2. DRModG bei der Beamtensbesoldung und dadurch herbeigeführte Gehaltseinbußen durch den Wechsel vom 12 -stufigen auf das 8-stufige Erfahrungsstufensystem, ein peinlich langes hausinternes Prüfverfahren für die Höhergruppierung von Wachpolizisten trotz

Vorwort	3
Impressum	4
Hessens Polizisten sind sauer	5
GdP-Haushaltsforderungen für 2015	5
Aufstand der Ordnungshüter	8
Wir demonstrieren!	10
Ruhestand Reinhard Wittke	11
SBV Wahl	13
Nachrufe	14
Neue Entgeltordnung zum TV-H	16
25. GdP-Bundekongress in Berlin	17
Radtour	20
Kreisgruppe Bergstraße	21
Kreisgruppe Odenwald	22
Seniorengruppe	24
Seniorensseminar in Tann	25
Erweiterung des Seminarangebotes	25
Aus dem Gerichtssaal	26

inhalt

BAG-Urteil zum Streifengang, weiterhin die längste Arbeitszeit in Deutschland, Besoldungsnullrunde in 2015, die Beibehaltung des LAK-Kontos und als Sahnehäubchen soll nun auch bei der Beihilfe (Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung) 20 Millionen Euro eingespart werden.

In Südhessen haben wir Vollzugsbeamte behalten dürfen, obwohl der Flughafensicherungs-Auftrag nach fast vier Jahren aufgehoben wurde. Dies ist eine

richtige Entscheidung aus dem LPP gewesen. Wahr ist aber auch, dass wir organisationsbedingt neun Wachpolizisten nach Frankfurt geben mussten. Wir in Südhessen haben auch andere Aufgaben und Personallücken, so wie viele andere in Hessen auch. Wer dies dementiert, der lügt!

Der beste Beweis für die Personalnot ist, dass wir es nicht geschafft haben mit diesem Personalüberhang einen Kriminal-Dauer-Dienst (KDD) ins Leben zu rufen.

Selbst ein KDD für Darmstadt war nicht mehr drin! Wie war das nochmal, keine Personalnot? Die politisch beschlossene Zentralisierung des Notrufes und der polizeiliche Staatsschutz benötigen auch Personal. Woher nehmen, wenn nicht stehlen?

ES REICHT- MIT MIR NICHT!

Aufgrund vieler Zuschriften und Anrufe eurerseits hat die hessische GdP zur Protestaktion am 15.12.2014 aufgerufen.

Wenn bei zunehmender Gefahr eines Anschlages und der „Traumberuf“ krank macht, müssen wir uns dagegen wehren! Die Polizei hat bisher zur Konsolidierung des Haushaltes auch ihren Beitrag geleistet, doch die Grenze des Erträglichen ist definitiv überschritten.

Wer an der Polizei und ihren Beschäftigten spart, gefährdet Motivation, Gesundheit und spielt mit der öffentlichen Sicherheit.

ICH GEHE ZUR PROTESTAKTION, WEIL ES GILT!

Unterstützt eure Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit ihrer Aktion und sorgt dafür, dass die Landesregierung und alle



Parlamentarier uns hören. Die Bevölkerung soll wissen, wie es um uns steht und dass wir nicht mehr gewillt sind alles möglich zu machen.

DIE MENSCHENMASSE IST UNSER BAROMETER – JEDER ZÄHLT!

Stellt euch vor es ist DEMO und keiner geht hin! Das wäre der Super Gau für uns alle! Was dann die Landesregierung von uns denkt muss jedem klar sein.

Die Protestaktionen, wie sie in Wiesbaden und in Kassel geplant sind, sind nicht nur Sache der gewählten GdP-Ver-

treter. Es geht nur mit euch und deshalb kommt zur Demonstration. Der Dienstherr findet das auch gut, weil an diesem Tag Stunden abgebaut werden können.

Auf unserer Homepage findet ihr alle notwendigen Informationen. ■

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Euer Antonio „Toni“ Pedron

LWL F. O. PRODUKTE PRODUCTS GP Fiber Optics GmbH

- Lichtleiter für Beleuchtung
- LWL Kabel für Datenübertragung
- V-24 Umsetzer
- Komplettes LWL Lieferprogramm

Friedensstraße 21 Telefon: (0 61 05) 2 14 76
64546 Mörfelden-Walldorf Telefax: (0 61 05) 2 59 61



POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Südhessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

für Südhessen mit den Kreisen
Groß-Gerau, Darmstadt, Bergstraße, Odenwald
und D V/S Südhessen

Herausgeber:
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün
(Landesvorsitzender GdP Hessen)
Verleger:
POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud
Büro Frankfurt:
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Andreas Jochum, Stephan Buschhaus
Redaktion/Redaktionsanschrift:
GdP BZG Südhessen
Antonio Pedron (ViSdP), Reinhard Wittke, Günter Blitz,
Carsten Pick
Die Bezirksgruppe im Internet:
www.gdp-bzg-suedhessen.de
Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.
Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

HESSENS POLIZISTEN SIND SAUER

SPARPLÄNE DER LANDESREGIERUNG AUF KOSTEN DER BESCHÄFTIGTEN

Die geplanten Sparmaßnahmen zur Haushaltssanierung auf dem Rücken der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden nicht widerspruchsfrei hingenommen. Gegen diese Sparpläne der Landesregierung werden sich die Polizisten wehren – Proteste und Streiks sind geplant.

Am letzten Montag lud der DGB zur Landespressekonferenz ein, um die Haushaltsforderungen der Gewerkschaften zu erläutern. Stein des Anstosses sind u.a.

- die geplante Nullrunde für die rund 95.000 Beamten des Landes und die Deckelung der Gehaltserhöhungen danach um ein Prozent pro Jahr.
- die massiven Einschnitte bei der Krankenversicherung (Beihilfe) und
- Streichung von fast 150 Stellen beim Tarif- und Verwaltungspersonal der Polizei.

Ewald Gerke kritisierte, dass die Stellsparungen im Verwaltungsbereich dazu führen werden, dass viele Beamte am Schreibtisch anstatt im Streifen-dienst eingesetzt würden.

„Stinksauer sind die Polizisten. Wir werden das große Sparen auf dem Rücken der Polizisten nicht länger hinnehmen. Wir werden die gewerkschaftlichen Möglichkeiten und Mittel ausnutzen, um gegen die Pläne der schwarz/grünen Landesregierung zu protestieren. Die Bereitschaft, dafür auf die Straße zu gehen, ist so hoch wie nie“, unterstrich der stellvertretende Landesvorsitzende Ewald Gerke.



DGB-HAUSHALTS-PRESSEKONFERENZ v.l.: DGB-Haushaltsexperte Dr. Kai Eicker-Wolf, DGB-Landesvorsitzende Gabriele Kailing, GEW-Vorsitzender Jochen Nagel und Ewald Gerke von der GdP.

Die DGB-Vorsitzende Gabriele Kailing erklärte dazu: „Die Hessische Landesregierung kompensiert fehlende öffentliche Einnahmen aufgrund massiver Steuersenkungen seit der Jahrtausendwende und das Diktat der Schuldenbremse durch eine Kürzungspolitik zulasten der Beschäftigten des Landes und der Beamtinnen und Beamten. Notwendige Investitionen, etwa in Bildung, Soziales und Infrastruktur fallen ebenfalls dem Rotstift zum Opfer. Damit verfahren CDU und Bündnis 90/Die Grünen nach demselben Muster wie die Vorgängerregierung.“

DGB: Nur mit höheren Einnahmen zum handlungsfähigen Staat!

Kai Eicker-Wolf, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des DGB, warnte wegen der mangelnden Investitionstätigkeit vor einem weiteren Verschleiß der öffentlichen Infrastruktur: „Die Investitionsquote sowohl beim Land als auch auf der Gemeindeebene ist

rückläufig. Die vorgesehene Reform des Kommunalen Finanzausgleichs ist ein Schlag in die Gesichter der kommunalen Familie. Die Forderung nach einer Rücknahme der Kürzungen bei den Landeszuweisungen an die Kommunen war und ist daher berechtigt. Wer das Gegenteil behauptet, macht das entweder absichtlich, um weiter kürzen zu können oder hat das Prinzip öffentlicher Haushalte nicht verstanden.“

Wir brauchen aber keinen Magerstaat, sondern einen handlungsfähigen Staat, der öffentliche Dienstleistungen in hoher Qualität und in ausreichendem Umfang zur Verfügung stellt. Um das zu finanzieren, fordern wir, hohe Einkommen und insbesondere hohe Vermögen wieder stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranzuziehen. Hierfür muss die hessische Landesregierung auf Bundesebene tätig werden. ■

gdp/eg

GdP-HAUSHALTSFORDERUNGEN FÜR 2015

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist verfassungsrechtlicher Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. Dieses wird in der Hauptaufgabe von der Polizei wahrgenommen und steht wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus.

Ebenso wurden von der schwarz/grünen Regierungskoalition neue Aufgaben im Bereich der Inneren Sicherheit formuliert, die jedoch ohne zusätzliches Personal nicht zu realisieren sind.

Um diese Aufgabe auch zukünftig zur Zufriedenheit aller bewältigen zu kön-

nen, gibt es auch Sicht der GdP Forderungen an den kommenden Landeshaushalt.

Neue Aufgaben erfordern auch neue Planstellen

Mit der Erhöhung der Einstellungszah-

len begegnete die Landesregierung dem in den zurückliegenden Jahren nachweisbarem Stellenabbau. Dies kann jedoch die bestehenden Personalvakanz bei den Vollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamten sowie im Tarifbereich nicht kaschieren.

Auch die Festschreibung der Vollzugs-polizei auf 13.764 Planstellen stellt nach Ansicht der GdP eine willkürliche Festlegung dar und wurde ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung getroffen.

Hinzu kommt die von der schwarz/grünen Landesregierung beschlossene Einsparung von 1800 Planstellen in der Landesverwaltung. Die dabei auf den Polizeibereich entfallenden Planstellen können nicht durch Umstrukturierungen kompensiert werden und führen zwangsläufig zu einer weiteren Personalverdichtung bei den Beschäftigten. Das kann nach Ansicht der GdP nicht sein.

Nach der PVS im Jahre 2005 ist dies ein weiterer, erheblicher negativer Eingriff in den Personalbestand der Polizei.

Die GdP-Forderungen sind:

- Die Beibehaltung der linearen und kontinuierlich hohen Ausbildungsrate, die sicherstellt, dass unter Einbeziehung derer, die vorzeitig das Studium/die Ausbildung beenden, die Pensionierungen/vorzeitigen Abgänge 1:1 ersetzen.
- Der im Koalitionsvertrag von CDU und GRÜNE festgeschriebene Stellenabbau von 1800 Stellen und die damit beschlossene Verteilung auf den Polizeibereich muss zurückgenommen werden. Die ständig neuen Aufgaben, die die Polizei zu erledigen hat, lässt eine Stellenstreichung nicht zu, zumal die Folgen der PVS immer noch negative Auswirkungen bei der Polizei haben.
- Die von der schwarz/grünen Landesregierung vereinbarten neuen Aufgabenschwerpunkte (wie z.B. Bekämpfung der Cyberkriminalität und des Wohnungseinbruchsdiebstahls) kann die Hessische Polizei mit dem vorhandenen Personal nicht wahrnehmen. Nach Einschätzung der GdP sind dafür deutlich mehr als 50 zusätzliche



Vollzugsplanstellen erforderlich. Dabei ist zu bedenken, dass hier ein Ausbildungszeitraum von dreieinhalb Jahren einzuplanen ist. In der Zwischenzeit können die von der Koalition vereinbarten Aufgabenschwerpunkte weder durch Arbeitsverdichtung noch durch Anordnung von Mehrarbeitsstunden erledigt werden.

Berufliche Perspektiven und Zulagen

Die im Zuge des ersten Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes zu verzeichnende Erhöhung der Lebensarbeitszeit trägt den besonderen Belastungen des Polizeiberufs mit seinen verschiedenen Facetten in Gänze keine Rechnung. Der mit dieser Regelung eng korrelierende demografische (Negativ-) Trend innerhalb der Polizei setzt sich nicht nur fort, sondern schränkt die Zukunftsperspektiven, insbesondere die Aufstiegschancen und Beförderungsmöglichkeiten für alle Polizeibesetzten erheblich ein.

Verstärkend wirkt auch die Verwirklichung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeiberuf. Die Mehrzahl der Beamten/-innen befindet sich in der Besoldungsgruppe A10 und Aufstiegschancen sind so gut wie keine vorhanden. Das Hebungsprogramm von Innenminister Rhein mit Schwerpunktsetzung auf Beförderungen in die Besoldungsgruppe A10 hatte keine strukturellen Verbesserungen zur Folge, sondern verlegte den Beginn der weiteren beruflichen Perspektivlosigkeit um Jahre nach vorne.

Die GdP-Forderungen sind:

- Die konsequente Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen im gehobenen und im höheren Dienst der Polizei. Darüber hinaus sind auch im Tarifbereich Höhergruppierungsmöglichkeiten zu schaffen.
- Das Zulagenwesen darf in diesem Zusammenhang nicht länger abge-

koppelt bleiben. Die Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) ist längst überfällig.

- Eine Erhöhung der gewährten Zulagen für besondere Tätigkeiten und Verwendungen, ebenso auch die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sind mehr als überfällig.

Wochenarbeitszeit

Die Erhöhung der gestaffelten Lebensarbeitszeit auf bis zu 42 Std/Woche hat nicht den erhofften Zweck erbracht. Aber auch die Einführung des Lebensarbeitszeitkonto (LAK) und die dadurch bis dato angesparten Stunden stellen die Polizei bereits heute und vermehrt in Zukunft vor unlösbare Aufgaben. In 24 Monaten hat ein unter 50-jährige Beamter/-in für sechs Wochen Freizeit ausgleich abgespart. Die Freizeitphasen müssen von den restlichen Beschäftigten aufgefangen werden, wodurch diese wieder über Gebühr belastet werden.

Die GdP-Forderung ist:

- Die sofortige Einführung der 40 Std.-Woche für den Tagesdienst und die Einführung der 38,5 Std.-Woche für den Schicht- und Wechselschichtdienst (Regelung analog des TH-H).

Überleitung in die neuen Erfahrungsstufen

Bei der Umsetzung des DrModG II kommt es bei der Überleitung in die neuen Erfahrungsstufen zu langfristigen Nachteilen für viele Polizeibeamten/-innen.

Die GdP-Forderung lautet:

- Bei den Polizeibeamtinnen und -beamten, die durch die Überleitung in die neuen Erfahrungsstufen langfristig Gehaltseinbußen hinnehmen müssen, sind gesetzgeberische Korrekturen vorzunehmen.

Auch vor dem Hintergrund einer verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse darf der Bereich der Inneren Sicherheit nicht erneut zur Haushaltskonsolidierung herangezogen werden. Die Schuldenbremse darf nicht Alibi für (versteckte) Sparmaßnahmen sein! ■

gdp/eg

EIN AUFSTAND DER ORDNUNGSHÜTER

EIN BLICK ZURÜCK UND DIE FRAGE, WAS WURDE AUS UNSERER POLIZEI?

Bisher war es ja immer schon so: Die Polizei hatte für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Sie musste parieren und funktionieren und hatte damit zufrieden zu sein, was man aus ihr und mit ihr machte.

Wir wagen an dieser Stelle einen Ausflug in das Jahr 1970 und schildern Problemstellungen, wie sie real existierten.

Am Ende überlassen wir es dem geneigten Leser darüber zu befinden, ob man 44 Jahre Polizei in Hessen vergleichen, bewerten und die gleichen oder ähnliche Schlussfolgerungen ziehen darf.

Versucht euch also einfach einmal in die 1970'er Jahre zurück zu versetzen, selbst, wenn ihr erst weit später euren Dienst angetreten habt.

Möglicherweise werdet ihr erstaunliche Ähnlichkeiten vorfinden...

Das Fragen und kritische Denken zu dieser Zeit war auch in der hessischen Polizei nicht allgemein – ja durchaus gefährlich.

Die Polizei wurde bürokratisch verwaltet und nach Grundsätzen geführt, behandelt und ausgebildet, die einer vergangenen Epoche angehörten. Sie stieß sich nach außen und im Innern an den harten Realitäten einer liberalisierten gesellschaftlichen Auffassung mit einer eminenten Ausdehnung des persönlichen Freiheitsbegriffes zu Lasten der tradierten Ordnung.

Im gesamten Landtag der auslaufenden Legislaturperiode gab es in diesen Jahren noch nicht einmal eine Hand voll Politiker, die die Polizeiprobleme wirklich kannten und politisch vertraten!

Unmittelbar zuvor war praktisch die gesamte hessische Polizei einsatzmäßig über weite Strecken bei studentischen Demonstrationen eingesetzt, musste zähneknirschend die NPD-Einsätze durchstehen, bis zu den Vorfällen im Kantate-Saal zu Frankfurt und den

Kolleg-Schüssen in Kassel – und erlebte und betrachtete die Ohnmacht oder das Fiasko der Polizei anlässlich des Brandt-Stoph-Besuches in Kassel.

Zu diesen außergewöhnlichen Belastungen kamen die enorm gestiegenen allgemeinen polizeilichen Aufgaben in ihrer ganzen Bandbreite, „rund um die Uhr“, im 24-Stunden-Rhythmus – bei zum Teil rückläufiger Personalentwicklung.

Allgemeiner Unmut griff bei vielen Beamten Raum, vereinzelt begann man zu artikulieren und zu fragen:

- Sind wir Polizisten die Büttel und Buhmänner der Nation?
- Darf es wahr sein, politische Konfliktsituationen – zum Beispiel Studentenunruhen – mit dem Schlagstock gegebenenfalls „zu regeln“, wo zuvor Politiker versagt haben und mit den Mitteln der Politik klärend und bereinigend hätten eingreifen hätten müssen?
- Soll man fatalistisch das den Schutzmann knechtende „besondere Dienst und Treueverhältnis“ akzeptieren und auf den persönlichen Freiheitsspielraum generell verzichten?
- Müssen auch wir nicht unser Schicksal in unsere eigenen Hände nehmen und die ganze Wahrheit der Misere im Sicherheits- und Polizeibereich der Öffentlichkeit in die Ohren schreien?

Nachfolgend sollen die allgemeinen Probleme am Arbeitsplatz und die Berufssituation der hessischen Polizeibeamten geschildert werden.

Diese charakteristischen Aussagen sind nicht speziell auf Hessen beschränkt, sondern sind – mit gewissen graduellen Abweichungen – durchaus auch auf andere Bundesländer übertragbar. **Die Frage von Politikern:** warum denn gerade eine aufbegehrende Polizei in

Hessen, wo Hessen doch noch zu den fortschrittlichsten Bundesländern auf dem Polizeisektor zähle.

Die Gegenfrage: in welchen Bundesländern war das Aufbegehren von Studenten und Lehrern am vehementesten? Wir hoffen, dass der Aufschrei in Hessen nicht Ende einer Bewegung, sondern Anfang einer, „neuen Ära“ ist, von der die deutsche Polizei beherrschenden Hypothek des Büttels des Obrigkeitsstaates herunter zukommen zum selbstverantwortlichen Schutzmann, dessen Platz als Sozialarbeiter einer demokratischen Gesellschaft in der Mitte unseres Volkes ist.

Wir wollen nichts anderes als Bürger unter Bürgern sein und erwarten und fordern, dass unser sozialer Status unserem sozialen Aufgabenbereich angepasst wird.

Dazu gehört jedoch, dass man seitens der Verantwortlichen in Stadt, Politik und Bürokratie den mündigen, intelligenten, kritikfähigen und bereiten Polizeibeamten will.

Der überwiegende Teil der Polizeibeamten muss – da eine anderweitige Verwendung bzw. vorzeitige Inruhestandversetzung nicht gegeben ist, bis zur Pensionierung Wechseldienst (Tag- und Nachtdienst, rund um die Uhr) versehen. Die hiermit und den dienstlichen Anforderungen verbundenen physischen und psychischen Belastungen führen zu erheblichen vorzeitigen Verschleißerscheinungen mit hohen Krankenquoten in diesen Jahrgängen.

Hinzu kommen jedoch noch erhebliche Überstunden für besondere Einsätze, im großen Sicherheits- und Ordnungsdienst, bei sonstigen Veranstaltungen, Wahrnehmung von Gerichtsterminen in der Freizeit usw., über die normale Dienstzeit hinaus. Man kann dieses bereits als „Dauerzustand“ bezeichnen.

Darüber hinaus werden an den heutigen Polizeibeamten seitens der Bevölkerung berechtigt Anforderungen gestellt,



die mit denen vergangener Zeit nicht mehr vergleichbar sind. Wenn Professor Hofstätter, Universität Hamburg, sagt: „Nichts ist schwerer, als Polizist in einer freien Gesellschaft zu sein“, dann ist hiermit die Wandlung prägnant fixiert.

Auch die Polizei muss die enormen Veränderungen auf Grund der gesellschaftspolitischen und technischen Entwicklung mitvollziehen, ansonsten wird sie erbarmungslos und hoffnungslos überrollt. Diese Entwicklung mag für manche in der Polizei selbst, Befindliche und Außenstehende schmerzlich sein, ist jedoch unabänderlich.

Schlussfolgernd kann jeder für sich entscheiden, ob und wenn ja, in welchem Umfang noch von „Sicherheit des Bürgers“ gesprochen werden kann.

Organisatorische Ungereimtheiten führen zu einer Zersplitterung der oh-

nehin geringen Kräfte, und zwar in der Form, dass seit langem für sich allein nicht lebensfähige Polizeidienststellen bestehen. In einzelnen Städten oder Gemeinden muss nachts oft ein Polizeibeamter für 10.000-15.000 Einwohner die „Sicherheit“ gewährleisten.

Ein Polizeikommissariat ist im Ballungszentrum Rhein-Main ist nachts in der Regel mit 5 oder 6

Beamten besetzt, die die öffentliche Sicherheit für etwa 30 Gemeinden garantieren sollen. Fahrten von einem Einsatzort zum anderen über 30 km und mehr sind durch die Struktur der Betreuungsgebiete weitere zusätzliche Belastungen.

Befehlen auf der einen Seite und Gehorchen auf der anderen Seite sind die beiden dominierenden Pole in einem hierarchischen System, so auch bei der Polizei.

Ein Abhängigkeitsverhältnis, mit welcher Intensität auch immer, ist zwangsläufig gegeben mit dem damit eng verbundenen Unterwerfungsmechanismus. Das war die wahre Situation der Polizei im Außen- und Innenverhältnis Ende des Jahres 1970.

Entscheidendes zum Positiven hat sich auch bis heute noch nicht getan! Bei so vielen Missständen kann man sich

eigentlich nur wundern, dass in der Bundesrepublik lediglich 10.000 Polizeiplanstellen unbesetzt sind und die Polizei nicht schon viel früher aus der ihr aufgezwungenen Isolation an die Öffentlichkeit trat.

Ein absolutes Chaos im Sicherheitsbereich lässt sich nur dann vermeiden, wenn Bürger und Polizei sich endlich als Partner und nicht als Gegner betrachten!

Zwischen der öffentlichen Sicherheit und Freiheit, zwischen Recht und Ordnung einerseits und einer den Erfordernissen personell und technisch ausgestatteten Polizei mit Polizeibeamten als Individuen, die qualifiziert ausgebildet, materiell leistungsgerecht besoldet und staatsbewusst und kritisch zugleich eingestellt sind andererseits, besteht eine untrennbare Klammer.

Jeder Staat hat die Polizei, die er verdient! Innere Sicherheit hat ihren Preis, und sie kostet liberale Gesinnung, entschiedenes Engagement aller – und besonders der politisch Verantwortlichen – und nicht zuletzt Geld. Opportunistische Phrasen von Politikern können notwendige Reformen nicht aufwiegen!

Wir möchten schließen mit der schon damals wie auch heute berechtigten Frage: Was wird aus unserer Polizei?

gdp/pw

Redaktioneller Hinweis:

Diese Zeilen stammen aus dem Polizeialltag des Jahres 1970. Sie wurden inhaltsgleich entnommen dem Buch „Aufstand der Ordnungshüter (RoRoRo-Verlag).

Ähnlichkeiten und Probleme mit den heutigen Realitäten unserer Polizeifamilie festzustellen, überlassen wir, wie eingangs beschrieben, dem geneigten Leser. ■

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI – EINE FÜR ALLE



WIR RUFEN AUF ZUR DEMONSTRATION IN WIESBADEN

WIR DEMONSTRIEREN

gegen
Kürzungen in der Beihilfe
Lohndiktat in den kommenden Jahren
Stellenabbau bei der Polizei



Wann: Montag, 15. Dezember 2014;
gegen 10:00 Uhr

Wo: Wiesbaden, Innenstadt

Wer: Alle Kolleginnen und Kollegen (auch Nichtmitglieder)

Die genauen Informationen werden wir bekannt geben, nachdem die Genehmigung zur Veranstaltung vorliegt.

Solidarität und Stärke ist nun gefragt, denn es trifft uns ALLE!

Macht Werbung für diesen Protest, es ist wichtiger denn je.

Den Termin bitte in euren Planungen vormerken!

Eure Bezirksgruppe Südhessen

Mitfahrmöglichkeiten bei ausreichender Anzahl von Teilnehmern ab Heppenheim, Erbach, Darmstadt und Rüsselsheim.

Rückfragen bei:

Mike Majewski, Tel. dienstl. 06151/ 969-2461

Antonio Pedron, Tel. dienstl. 06151/ 969-2463

Annerose Meierewert, Tel. dienstl. 06151/ 969-2464

Tim Türke, Tel. dienstl. 06142/ 696-0

KREISGRUPPENCHEF UND DIENSTÄLTETER KTA HESSENS VERABSCHIEDET SICH IN DEN VERDIENTEN RUHESTAND

DANKESREDE VON ANTONIO PEDRON UND MIKE MAJEWSKI AN REINHARD WITTKÉ

Lieber Reinhard, heute ist der Tag gekommen von dem Du seit Wochen und Monaten gesprochen hast.

Offengestanden sind die letzten Monate mit Dir sind im Nu verfliegen.

Wer Dich kennenlernen durfte, weiß, dass es in Deinem Leben viele Höhen und Tiefen gab. Wer Deine Kindheit kennt, weiß, weshalb die Polizei für Dich und Deinen Bruder der Arbeitgeber wurde.



Die Verabschiedung im Aufenthaltsraum des ZK41

Die Gesundheit hat Dich manchmal im Stich gelassen. Auch das hat Dich nicht komplett umgeworfen.

Und wenn wir Dich mal beschreiben dürfen, dann fallen uns Schlagwörter ein, wie:

Sachlich, trocken und humorvoll, lieb, äußerst hilfsbereit, pragmatisch, leidenschaftlich und Karnevalist.

Deine sachliche und ruhige Gesprächsführung in den Personalrats- und Gewerkschaftssitzungen hat uns geprägt.

Deine trockene Art bei Konflikten sorgte stets für ein ausgewogenes Gleichgewicht.

Dein Humor hat uns oft zum Lachen gebracht.

Deine liebe Art macht Dich irgendwie Besonders, auch wenn Du manchmal böse guckst.

Du hast nie jemanden weggeschickt, wenn er zu Dir kam und Hilfe benötigte. Ob als Vorsitzender der GdP Darmstadt oder als Stellv. Vorsitzender der südhessischen GdP, ob als Personalrat oder als God Father of CSI Südhessen, du warst immer der, der Du bist, stets hilfsbereit

und einfach ein toller Kollege, Mitstreiter und Weggefährte.

Wenn es mal kompliziert wurde, wolltest Du eine pragmatische Lösung. Du hast stets Deine Meinung vertreten und auch „geknottet“ wenn es Deiner Meinung nach mal nicht so lief. Man konnte sich mit Dir von Arschbacken bis Kuchenbacken über alles unterhalten.

Im Laufe der Jahre haben wir Dich, Reinhard, schätzen und lieben gelernt. Wir mussten feststellen, dass Du ein Computer- und Erkennungsdienst-Crack bist. Wir persönlich konnten von Deinem PC-Wissen etliche Male profitieren. Computer und Erkennungsdienst sind Deine große Leidenschaft und bezeichnend für Deine Persönlichkeit. Auffallend war, dass Du nie, aber auch nie nur ein böses Wort über Dein ZK41 von Dir gegeben hast. Du hast dieses Servicekommissariat sehr gut vertreten und warst ein überzeugter ED'ler.



Polizeipräsident Gosbert Dölger und Reinhard Wittke

Wir danken Dir, dass Du in Deiner Personalrätlichen und Gewerkschaftlichen Arbeit immer das Ganze betrachtet hast und Dich ausnahmslos für alle stark gemacht hast. Ob Mann oder Frau, ob Kripo oder nicht Kripo, ob Tarif oder Beamte, Dir war das egal- Du warst: „Einer für Alle!!!“

Wir wussten schon vor Monaten, dass wir Dich vermissen werden, wenn Du im Ruhestand bist.

Du wechselst ab Morgen den Arbeitgeber, der nun Klara heißt. Als erfahrener Personalrat und Gewerkschafter weißt Du Dir zu helfen. Unser Rechtsschutz greift zur Not für alle Arbeitgeber.



ZK41 Leiter Manfred Wohlfahrt mit Reinhard seiner Lebensgefährtin Klara

Wir wünschen Dir im Ruhestand noch ein langes Leben, viel Freude und Glück mit Deiner Partnerin und Deiner Familie. Hoffentlich werden Dich Deine Enkelkinder auf Trab halten.

Und weil es Dein letzter Arbeitstag ist, sind wir uns nicht zu schade, uns vor dem Festkomitee auch mal lächerlich zu machen.



Die Zwei Büttenredner Mike & Toni mit Sitzungsbeirätin Annerose.

Wieder ist ein Jahr vollbracht,
wieder ist nur Mist gemacht.
Solange hat es nun gedauert,
der Narr schon lange in uns lauert.
Jetzt endlich darf er wieder springen,
tanzen, lachen, und auch singen,
Rätschen dreh'n und Karbatschen knallen,
Reden schwingen und auch lallen.
Jetzt endlich ist's soweit, lieber Reinhard
Du geiler Faschingsprinz,
auf in die 5. Jahreszeit!
?Für den Reinhard, ein dreifach
donnerndes Helau, Helau, Helau!!! ■

Fotos: Silvia Kominek
Text: Antonio Pedron

WAHL DER MENSCHEN MIT BEHINDERUNG 2014

ÜBERRAGENDE ERGEBNISSE FÜR REINHOLD KRÄMER, ANKE MAY UND HOLGER NOACK – WIR SAGEN DANKE!



REINHOLD KRÄMER NEUE VERTRAUENSPERSON FÜR DIE MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Liebe Kollegin, lieber Kollege,
ich habe mir immer eine echte Wahl gewünscht, in der die Wählerinnen und Wähler zwischen Alternativen entscheiden konnten.

Für das großartige Ergebnis und den Vertrauensbeweis, den ich damit für mein neues Amt als Schwerbehindertenvertreter der Polizei in Südhessen erhalten habe, bedanke ich mich ganz herzlich bei allen Wählerinnen und Wähler, aber auch bei allen Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung.

Meine Vorstellungen und Ideen, die ich während der vergangenen Wochen in zahlreichen Veranstaltungen und bei meinem Besuch bei allen Schwerbehinderten gemacht habe, werden meine Grundlage sein für die Ziele und Inhalte meiner künftigen Amtsführung als Schwerbehindertenvertreter der Polizei in Südhessen.

Viele Ideen und Anregungen die ich bei den Besuchen bei euch erhalten habe, habe ich aufgenommen. Ich wünsche mir den Dialog mit euch. Sprecht mich auch weiterhin an, unterstützt mich mit euren Anregungen.

Der erste Schritt ist gemacht, viele weitere werden folgen. Meine Vertreter Norbert Hilgert, Anke May, Holger Noack und ich sind für die nächsten Jahre guter Dinge. Ende November 2014 geht's es los. Nach wie vor gilt:

Nicht behindert zu sein ist wahrlich kein Verdienst, sondern ein Geschenk das jedem von Uns jederzeit genommen werden kann."

Mit herzlichen Grüßen

Euer Schwerbehindertenvertreter
Reinhold Krämer

Papa macht mir alles nach!

Mehr Informationen zum Thema
Anbau Aufstockung:
Tel.: 06062-94020
www.engelhardt-haus.de
E-Mail: info@engelhardt-haus.de
Wir bauen Ihr Haus!

ENGELHARDTHAUS

VERTRAUENSPERSON

Krämer	32
Noack	29
May	25
Kohlhaas	8

STELLV. DER VERTRAUENSPERSON

Hilgert	42
Krämer	40 fällt raus
May	39
Noack	37
Kohlhaas	22
Pathenschneider	9

(128 Stimmberechtigte, 95 abgegebene Stimmen, Wahlbeteiligung 74,21%)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Danke für die hohe Wahlbeteiligung von 74,21 Prozent und das entgegengebrachte Vertrauen. Darüber freuen wir uns ganz besonders!

Auf gute vier Jahre!

Mit Kollegialen Grüßen

Reinhold Krämer, Anke May und Holger Noack

„WIR SIND NUR GAST AUF ERDEN“

BEWEGENDE TRAUERFEIER FÜR DEN VERSTORBENEN HELMUT LEHNE

Zahlreiche Freunde waren zur Trauerfeier und Beerdigung von Helmut Lehne in die Halle des Friedhofs von Heppenheim gekommen, um ihn auf seinem letzten Weg zu begleiten. Viele von ihnen mussten draußen stehen, da die Halle zu klein war. Mit dem Lied „Wir sind nur Gast auf Erden“ wurde deutlich, dass das irdische Leben nur vorübergehend sei, machte der Seelsorger deutlich, der die Trauerfeier leitete. Er würdigte das Leben und die Verdienste, die sich der Verstorbene erworben hatte.

Dazu gehörten nicht nur die Liebe zu seiner Familie, sondern auch die Liebe zu seinem Garten und die Mitgliedschaft im Heppenheimer Obst- und Gartenbauverein. Dort war er lange Jahre Vorsitzender und er wurde bei seinem Ausscheiden zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Als Fachwart für Bäume war Helmut Lehne im gesamten



Helmut Lehne, Fernschreiber bei der Polizei und engagierter Rentner bei den Bergsträßer Polizeipensionären. NW

Kreisgebiet bekannt. Auch von Privatleuten wurde er oft zum Schneiden von Bäumen und Sträuchern gebeten.

Neben seiner Familie trauern auch seine Freunde und die Mitglieder der

Gewerkschaft der Polizei (GdP) um Helmut Lehne.

In kurzer Zeit hatte die Kreisgruppe Bergstraße der GdP zwei engagierte ältere Mitglieder verloren. Neben Wilfried Seibel war es der 85jährige Rentner Helmut Lehne, der am 9. Oktober starb. Er wurde im Kreis Groß Gerau geboren, kam als Kind nach Heppenheim, arbeitete später in der Hemdenfabrik WESAC, wo er auch seine spätere Ehefrau Waltraud kennen lernte. Sie heirateten 1954 und bekamen zwei Söhne. Nach dem Tod seiner Ehefrau war es seine neue Lebensgefährtin Lioba, die ihm über die Trauer und den Schmerz hinweggeholfen hat.

1972 kam Helmut Lehne als Angestellter im Fernschreibdienst zur Heppenheimer Polizei. Es war eine Zeit, da noch mit Lochstreifen gearbeitet werden musste und die Telefonvermittlung auch in der Fernschreibstelle untergebracht war. Dort lernte ich ihn kennen und arbeitete einige Jahre mit ihm zusammen. 1972 wurde Helmut Lehne auch Mitglied der GdP. Nachdem er 1994 in Rente gegangen war, engagierte er sich mit seiner Ehefrau Waltraud und später mit seiner Lebensgefährtin Lioba bei den Bergsträßer Polizeipensionären.

Die Teilnahme an Ausflügen der Pensionäre und Rentner gehörte ebenso dazu wie das monatliche Kegeln oder die Teilnahme an der jährlichen Mitgliederversammlung. Helmut Lehne war sich nicht zu schade, immer wieder Hand anzulegen, wenn es galt, etwas zu organisieren. Sein plötzlicher Tod hat uns alle betroffen gemacht. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Norbert Weinbach



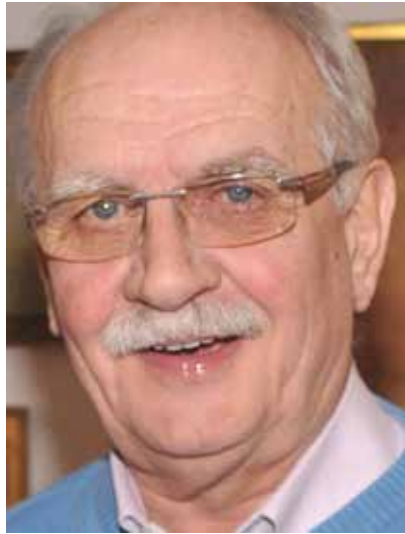
Urne, Bild und Kränze bei der Trauerfeier für Helmut Lehne in Heppenheim. NW

MIT GLOCKENGELÄUT UND „AVE VERUM“ BEWEGENDE TRAUERFEIER FÜR GDP-MITGLIED WILFRIED SEIBEL

Laut hallten die Glocken der Heppenheimer Friedhofskapelle zur Trauerfeier unseres GdP-Mitglieds Wilfried Seibel. Die kleine Halle war voll besetzt, als auf der Orgel das „Ave Verum“ erklang. Der Tod habe nicht das letzte Wort über unser Leben, zitierte der evangelische Geistliche einen Bibelspruch, auch wenn der Friedhof ein Ort des Abschiednehmens sei.

Wilfried Seibel ist im Alter von 70 Jahren einem Krebsleiden erlegen. Er war nach Helmut Lehne das zweite Mitglied der Kreisgruppe Bergstraße in der Gewerkschaft der Polizei (GdP), das im Oktober verstorben ist. Zahlreiche ehemalige Kolleginnen und Kollegen waren zu der bewegenden Trauerfeier gekommen, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen.

Wilfried Seibel wurde im Januar 1944 in Marburg geboren, verbrachte seine Kindheit in Frankenberg an der Eder und erlernte nach dem Schulbesuch den Beruf eines Maschinenschlossers. 1962 wechselte er in den Dienst der Polizei und wurde nach der Ausbildung nach Heppenheim versetzt. Er war seit 1987 mit Christine verheiratet, hatte zwei angeheiratete Kinder und zwei Enkel. Die Kreisstadt wurde seine zweite Heimat, auch wenn er Frankenberg nie vergaß. Seibel arbeitete als Streifenbeamter, war zuletzt



Wilfried Seibel, Präsident der Polizeipensionäre im Kreis Bergstraße. NW

Oberkommissar als er 1996 vorzeitig in Ruhestand gehen musste. Vorausgegangen war zwei Jahre vorher eine schwere Verletzung bei der Verfolgung eines Straftäters. Die zwang ihn dann in Pension zu gehen. Ich selbst durfte einige Jahre gemeinsam mit ihm arbeiten. Er sei als Polizeibeamter dem Idealbild von einem „Freund und Helfer“ sehr nahe gekommen, bescheinigte ihm sein Dienststellenleiter Walter Heil zum Abschied.

Wilfried Seibel war aber nicht nur als Polizeibeamter, sondern auch als sozial engagierter Mensch ein Vor-

bild für uns alle. So führte er als begeisterter Hobbykoch gemeinsam mit Freunden, unter anderem Herbert Fettel, für den Heppenheimer Weinmarkt das „Bohnesuppessen“ ein. Als aktives GdP-Gewerkschaftsmitglied kochte er auch hin und wieder Eintopfgericht zugunsten verschiedener „Tafeln“. Der Erlös aus allen Aktionen kam gemeinnützigen Einrichtungen zugute. Unter anderem wurde Geld gespendet für Heidelberger Kinderkrebstation, für Waisenkinder in Afrika oder auch für „Annis Suppenküche“. Die Gesamtsumme der gespendeten Gelder lag bei 16.000 Euro. Zu Seibels Engagement gehörte auch sein Einsatz für die Aktion „Wachsamer Nachbar“, er gehörte der Internationalen Polizei Assoziation an und war aktives Mitglied bei den Freunden der Heppenheimer Partnerstadt Kaltern und unterstützte als förderndes Mitglied den Heimat- und Kulturverein.

Wilfried Seibel war lange Jahre Mitglied im Heppenheimer DGB-Ortskartell. Im dortigen Seniorenkreis Südhessen vertrat er die Interessen der älteren Gewerkschaftsmitglieder. Er war engagiertes Mitglied im Vorstand der GdP-Kreisgruppe Bergstraße und Präsident der Polizeipensionäre und Rentner des Kreises Bergstraße. Er organisierte nicht nur verschiedene Fahrten in unserer Region, auch an den Edersee in seine alte Heimat Frankenberg, er führte das monatliche Kegeln für die Pensionäre ein, organisierte jährlich einen Kegelwettbewerb mit den Heppenheimer Kegel senioren H72 und er war auch verantwortlich für das „Walter-Heil-Gedächtnis-Turnier“ der Kegler. Einmal jährlich wurden alle Mitglieder zu einem gemeinsamen Treffen eingeladen ins „Gasthaus Jäger“ in Heppenheim-Erbach eingeladen. Viele Ehrungen wurden dem verstorbenen Gewerkschafter zuteil. Dazu gehörte die Auszeichnung mit dem Landesehrenbrief für sein ehrenamtliches Engagement und die Ehrung für 50jährige Mitgliedschaft in der GdP.



In der Heppenheimer Friedhofskapelle standen nicht nur der Sarg von Wilfried Seibel, sondern auch ein Foto, das an den Verstorbenen erinnerte. NW

Norbert Weinbach

DIE NEUE ENTGELTORDNUNG (EGO) ZUM TV-H

Nachdem wir bereits zur Inkraftsetzung des neuen Eingruppierungsrechts im öffentlichen Dienst in Hessen berichtet hatten (siehe auch Homepage GdP Hessen) möchten wir euch nun auch über die für uns relevanten Inhalte der Entgeltordnung informieren.

Zunächst einmal stimmte die Tarifkommission der GdP Hessen der etwa 200-seitigen Entgeltordnung zum TV-H zu. Auch die Tarifkommissionen der übrigen DGB-Gewerkschaften haben dem neuen hessischen Eingruppierungsrecht zugestimmt.

Nachdem am 31.10.2014 die mit der Arbeitgeberseite vereinbarte Erklärungsfrist abgelaufen ist, wurde die Entgeltordnung zum TV-H nun endgültig rückwirkend zum 01.07.2014 für alle Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes des Landes Hessen bindend. Sie löst das über mehrere Jahrzehnte alte Vergütungsrecht des BAT für die Angestellten und des Manteltarifvertrags für Arbeiterinnen und Arbeiter (MTArb) ab.

Wie wir euch bereits mitteilten, wurde die Antragsfrist für die bis zu 6-jährigen Bewährungsaufstiege der vom BAT in den TV-H übergeleiteten Beschäftigten bis zum 31.12.2015 verlängert. Somit werden die noch ausstehenden Bewährungsaufstiege umgesetzt.

Darüber hinaus profitieren nun auch die ab dem 01.01.2010 eingestellten Beschäftigten der Entgeltgruppen 2 bis 8, die gemäß ihrer Eingruppierung einen Bewährungsaufstieg aus dem alten BAT gehabt hätten. Sie werden künftig eingruppierungsrechtlich so gestellt, als hätten sie die bis zu 6-jährigen Aufstiegszeiten bereits durchlaufen und werden der höheren Entgeltgruppe zugeordnet.

Die Entgeltordnung gliedert sich in vier Teile:

- Teil I
Allgemeine Tätigkeitsmerkmale für den Verwaltungsdienst
- Teil II
Tätigkeitsmerkmale für bestimmte Beschäftigtengruppen
- Teil III
Beschäftigte mit körperlich/handwerklich geprägten Tätigkeiten

- Teil IV
Beschäftigte im Pflegedienst

Berufsgruppen, die nicht in den Teilen II bis IV erwähnt/aufgezählt werden, fallen automatisch in den Teil I. Bei Beschäftigtengruppen, deren Eingruppierung per Erlass geregelt ist, wie z. B. die der Daktyloskopen bleibt es bei der bisherigen Verfahrensweise. Hier werden keine Veränderungen eintreten. Die tariflichen Regelungen für die Wachpolizei werden aktuell durch das Landespolizeipräsidium überprüft und gegebenenfalls neu geregelt bzw. angepasst. Hier bleibt noch zu klären, welche Tätigkeiten der Wachpolizei unter das BAG-Urteil zum „Streifengang der bezirklichen Ordnungsdienste der Stadt Hamburg“ fallen.

Auch hier werden wir über aktuelle Veränderungen berichten.

Sofern es wegen der Inkraftsetzung der neuen Entgeltordnung zu Höhergruppierungen kommen sollte, werden diese automatisch auf den 01.07.2014 zurück gerechnet. Selbst dann, wenn Prüfung am 01.12.2015 ergeben sollte, das durch Einführung der neuen Entgeltordnung höher einzugruppiert ist und das Beschäftigungsverhältnis zum 01.07.2014 bestanden hat. In diesen Fällen, greift die 6-monatige Ausschlussfrist wie sonst nicht. Dies

wurde mit der Arbeitgeberseite so vereinbart. Auch aus diesem Grunde ist aktuell keine Eile geboten, tarifliche Veränderungen geltend zu machen, zumal den Verwaltungen in den Dienststellen durch das HMdI noch Durchführungshinweise zur Entgeltordnung zur Verfügung gestellt werden müssen. Sobald wir die vereinbarte EGO zum TV-H in digitaler Form vorliegen haben, wird sie an alle Tarifkommissionsmitglieder sowie an die Personalräte weitergeleitet. Lasst diesem Personenkreis bitte angemessen Zeit, damit sie sich mit der Thematik befassen können, um euch auch entsprechend fundiert beraten können.

Es geht keinem etwas verloren, wir haben Zeit bis zum 31.12.2015. Wir werden euch immer auf dem aktuellen Stand halten.

Am 13.01.2015 werden sich die Tarifkommissionsmitglieder der GdP treffen und zur Entgeltordnung beraten.

Danach werden wir zeitnah Mitgliederschulungen bzw. Infotage anbieten.

Wir werden euch gewerkschaftlich wie auch personalrätlich im neuen Eingruppierungsrecht begleiten und mit Rat und Tat zur Seite stehen. ■

Heinz Schiskowsky

WIRD ES EIN HEISSER HERBST ?

**Komm rein,
es wird
kälter!**

**Zusammen
können wir uns wehren!
stehen!**

Gewerkschaft
der Polizei

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,
der Koalitionsvertrag der Landesregierung sieht u.a. folgende Sparmaßnahmen für den Bereich der Polizei vor:

- X Streichung von 147,5 Stellen
- X Besoldungsnulldrunde in 2015 bis 2019 jährlich nur 1 %
- X Leistungseinschränkungen bei der Beihilfe
- X nach wie vor längste Wochenarbeitszeit aller Polizeien in Deutschland

... es wird kälter, unterstütze uns und werde Mitglied in der GdP!



Mehr Informationen: www.gdp.de/hessen

25. GdP-BUNDESKONGRESS IN BERLIN

OLIVER MALCHOW WURDE ERNEUT GdP-BUNDESVORSITZENDER

Ein Vierteljahrhundert ist Deutschland wieder vereint. Doch nicht nur am 9. November 2014 war die Bundeshauptstadt übersät von zahlreichen Besuchern. Auch einen Tag später reisten etwa 250 Männer und Frauen aus der gesamten Bundesrepublik nach Berlin an. Der Grund war der 25. Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Entgegen der allgemeinen Auffassung nahmen die „Hessen“ neben den ordentlichen Delegierten mehr Gastdelegierte als üblich mit. Getreu dem Motto: Wer es mit der Nachwuchsförderung ernst meint, muss dies auch bei der Delegiertennennung berücksichtigen.

Neben den Neuwahlen standen diverse Beschlüsse auf dem Programm. Immer wieder war die Verteilung der Delegiertenmandate zwischen Jung und Alt, Frauen und Männern Gegenstand der Diskussion.

Neuwahl des Bundesvorstandes



Oliver Malchow aus Schleswig-Holstein (links) wurde zum Bundesvorsitzenden und Jörg Bruchmüller (rechts) zum Bundeskassierer gewählt.

Im Vorfeld des Bundeskongresses waren Spekulationen über die zukünftige Zusammensetzung des neuen Bundesvorstandes zu vernehmen. Am ersten Tag kümmerten sich die Mandatsträger um die satzungsrechtlichen Formalitäten. Anschließend stand der erste Wahlgang an: „Wahl des Bundesvorsitzenden“. Einziger Kandidat für diesen verant-



Die Delegierten der hessischen GdP.

wortungsvollen Gewerkschaftsposten war Oliver Malchow aus Schleswig-Holstein. Er wurde mit 84 Prozent der Delegiertenstimmen zum Bundesvorsitzenden gewählt. Bei der Wahl zum Bundeskassierer wurde Jörg Bruchmüller vom alten Vorstand vorgeschlagen. Der bisherige Bundeskassierer Andreas Schuster aus Brandenburg kandidierte ebenfalls bei der Wahl und unterlag, da nur 27 Prozent der Delegierten für ihn stimmten.

Delegierte stellen gewerkschaftspolitische Weichen

Mehr als 230 Anträge wurden auf dem Bundeskongress debattiert und die gewerkschaftspolitischen Weichen gestellt. Dabei beackerten die Gewerkschafter zahlreiche innergewerkschaftliche Anträge wie auch viele breit gefächerte Themen aus nahezu allen Bereichen der Innen-, Beamten-, Tarif-, Kriminal-, Verkehrs- und Gesellschaftspolitik.

Bereitschaftszeiten

So forderten die Delegierten einheitliche finanzielle oder durch Freizeit (im Verhältnis eins zu eins) abzugeltende Bereitschaftszeiten. Die Diskussion um die Abgeltung von Überstunden bei länderübergreifenden Unterstützungseinsätzen habe zum Beispiel bei den Castortransporten zu bundesweit sehr unterschiedlichen Abgeltungsregularien geführt.

Föderalismusreform umkehren

An die Bundesländer abgegebene Zuständigkeiten im Rahmen der sogenannten Föderalismusreform sollen künftig wieder im Bund zusammengeführt werden. Die Gewerkschafter kritisierten, dass das Auseinanderklaffen der Rechtsentwicklung insbesondere im Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht in Bund und den einzelnen Ländern, ein „differentes Leistungssystem“ zur Folge hat. Der Grundsatz „gleiche Bezahlung für gleiche Leistung“ habe bei den Menschen einen hohen Stellenwert. Ein Bruch führe unterdessen zu strukturellen Verwerfungen, die sich quer durch die genannten Bereiche zögen und spätestens mittel bis langfristig zur Berufsunzufriedenheit bei allen betroffenen Beschäftigten führten.

Speicherung von Telekommunikationsdateien

Erneut bekräftigt wurde die Forderung nach einer raschen Einführung einer verfassungsgemäßen und europarechtlich konformen gesetzlichen Regelung zur Speicherung und Verarbeitung von Telekommunikationsverkehrsdaten zur Aufklärung und Verhinderung von schweren Straftaten durch die Sicherheitsbehörden. „Regelmäßig schlagen die Wellen der Empörung hoch, wenn beispielsweise kinderpornografisches Bildmaterial entdeckt und umgehend von Politik und Öffentlichkeit die rückhaltlose Aufklärung gefordert wird. Die



Teilnehmer aus Hessen bei der Abstimmung.

Bekämpfung der Internetkriminalität ist aber ohne die Verkehrsdatenspeicherung kaum denkbar. Offen müsse allerdings bleiben, wie auch in Zukunft Straftaten, die nicht unter den Telekommunikationsüberwachungs-Paragrafen in der Strafprozessordnung (StPO) fallen, jedoch mit LuK-Technik verübt wurden, verhindert oder aufgeklärt werden können. Der Zugriff und die Auswertung auf individualisierte Telekommunikations-Verkehrsdaten müssten unterdessen auch in Zukunft der vollen richterlichen Genehmigung und Kontrolle unterliegen.

Problem: Straftaten in der Pflege

Straftaten an pflegebedürftigen älteren Menschen wie Gewalt und Betrug sollen stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt werden. Dazu solle intensiver und nachhaltiger das Gespräch mit der Politik und Institutionen gesucht werden, um einerseits die entsprechende Rechtslage wie auch die persönliche Situation der Betroffenen weiter zu verbessern. Nach Auffassung der GdP müsse bei der Aus- und Weiterbildung von Polizeibeamtinnen und -beamten auch stärker auf das Phänomen lebensälterer Täter eingegangen werden.

Vorgaben für Leichenschau

Zur Durchführung der ärztlichen Leichenschau sei eine bundesgesetzliche Vorgabe für die Regelungen in den Bestattungsgesetzen der Länder erforderlich. Es ist nach Auffassung der GdP ein mittlerweile viele Jahre andauernder Skandal, dass nach wissenschaftlichen Annahmen jedes Jahr in der Bundesrepublik rund 3.000 unnatürliche Todesfälle, darunter etwa 1.200 Tötungsdelikte unentdeckt bleiben. Hält der

Leichenschauarzt weitere Ermittlungen zur Frage des natürlichen oder unnatürlichen Todes der aufgefundenen Person für erforderlich, so werden diese durch die Staatsanwaltschaft beziehungsweise durch die Polizei geführt.

Körperschutzausstattung, auch für Kolleginnen, verbessern

Beamtinnen der Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei sollen künftig eine deutlich besser auf ihren Körper ab-



Neue Techniken halten Einzug: Beim Bundeskongress wurden die Abstimmungen zu den Wahlen online durchgeführt.

gestimmte Schutzausrüstung (KSA) erhalten. Die zurzeit angebotene KSA sei ausschließlich auf die Anatomie der Männer zugeschnitten, kritisierten die Gewerkschafter. Zusätzlich zum hohen Gewicht der KSA von etwa 18 Kilogramm müssten die Kolleginnen noch Einengungen im Oberkörperbereich, die

auch mit Schmerzen verbunden sein können, ertragen. In einem weiteren mit großer Mehrheit angenommenen Antrag sprachen sich die Delegierten für eine generelle Weiterentwicklung der sogenannten Körperschutzausstattung „Leicht und Schwer“ (KSA L+S) aus. So erweise sich die Ausrüstung wegen der sich in den letzten Jahren stark geänderten Einsatzbedingungen mehr und mehr als ungeeignet.

Mehr Rückendeckung

Die Verantwortlichen und Handelnden in der Politik sollen sich deutlich zu den Aufgaben der Polizei, Feuerwehr und Rettungsorganisationen bekennen, Ihnen zu mehr Respekt in der Bevölkerung verhelfen und sie deutlich besser vor Gewalt schützen. Die Polizei brauche mehr Rückendeckung, so der Appell der Delegierten. Den Gewerkschaftern zufolge hat sich die gesellschaftliche Stellung der Kolleginnen und Kollegen der Polizei sowie Angehörigen anderer Sicherheits- und Hilfeeinrichtungen in den letzten Jahren extrem verschlechtert. Scharf kritisiert wurden die von den Beschäftigten als Lippenbekenntnisse empfundenen Äußerungen aus dem politischen Raum. Die Delegierten mahnten überdies, Übergriffe gegen Beschäftigte der inneren Sicherheit nur in konkreten Ausnahmefällen mit Bewährungsstrafen zu ahnden. Wer für Recht und Ordnung eintrete, müsse einen besonderen Schutz seiner Rechte erwarten können.

Bundesinnenminister de Maizière fordert mehr Respekt für die Polizei

Bundesinnenminister Thomas de Maizière forderte mehr Respekt für die Polizistinnen und Polizisten in Deutschland. „Sie können erwarten, dass nicht nur die Politiker, sondern die ganze Gesellschaft, für die Sie Ihre Arbeit machen, Sie auch dann unterstützt, wenn es mal schwierig wird“, betonte der Minister. Mit Blick auf die innere Sicherheit sagte er, die Zahl der Straftaten sei seit vielen Jahren im Grunde gleichgeblieben. In bestimmten Delikten sei ein signifikanter Rückgang zu registrieren. Und dennoch empfinden viele Menschen das anders! Völlig unterschiedlich nimmt man das objektive und das subjektive Sicherheitsgefühl wahr. Objektiv ist die Sicherheitslage in unserem Land ernst. Wir haben es mit internationalem Terrorismus, dem sogenannten IS, mit hunderten Deutschen und Tausenden von



Bundesinnenminister Thomas de Maizière fordert mehr Respekt für die Polizei.
Foto: GdP/Immel

Europäern, die sich dort an grauenhaften Taten beteiligen – die dort hinreisen wollen, die zurückreisen wollen, die kampferprobt sind, zu tun. Wir haben eine Anzahl an Gefährdern, die noch nie so hoch war wie jetzt. Wir haben auf gewisse Weise den Import ausländischer Konflikte auf unseren Straßen. In



Ruth Steinberg (links) ist eine der Tarifvertreter der hessischen Delegation.

der Sicherheitslage, in der wir uns befinden, ist es nicht an der Zeit, Personal bei der Polizei abzubauen. Dies jedenfalls betonte der Bundesinnenminister.

Zum Abschluss des Bundeskongresses beschlossen die Delegierten eine Resolution zur Sicherheit der Polizei.

Die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, auch aus politischen Motiven, hat in den vergangenen Jahren besorgniserregend zugenommen. Das Bundesinnenministerium informiert Regierung, Parlamente und Öffentlichkeit regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen dieser Straftaten. Die GdP fordert angesichts des dokumentierten Ausmaßes an Gewalt und anderen Straftaten zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ein umfassendes Konzept zur Reduzierung der Gefährdung von den zuständigen Verantwortungsträgern in Bund und Ländern.

motivierten Gewalt kann jedoch nur entschlossen entgegengetreten werden, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung ächten. Darüber hinaus müssen in den konkreten Fällen von gewaltsamen Demonstrationen die verantwortlichen Straftäter auch als Straftäter bezeichnet werden. Politische Solidarisierungen mit Gewalttätern und Relativierungen von Verantwortung für Eskalationen schwächen die Polizei und bieten den Gewalttätern oft einen politischen Schutz. Die GdP fordert eine klarere gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Ursachen politisch motivierter Gewalt und ihre Unterstützer. Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte findet auch im alltäglichen polizeilichen Dienst immer häufiger statt. Respektlosigkeit und das immer häufiger auftretende reflexhaf-



Die Anzahl der politisch motivierten gegen die Polizei gerichteten Straftaten liegen auf einem anhaltend hohen Niveau. Insbesondere bei gewaltsamen Demonstrationen entläßt sich die staatsfeindliche Gesinnung von Straftätern, indem sie Polizeibeamtinnen und -beamte massiv angreifen. Der politisch

te Infragestellen polizeilichen Handelns durch manche Bürgerinnen und Bürger werden von der Gewerkschaft der Polizei mit Sorge festgestellt. Die GdP bewertet den durch massiven Personalmangel ausgelösten Rückzug der Polizei aus vielen Bereichen des öffentlichen Lebens äußerst kritisch. Die Polizei muss ein verlässlicher Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger bleiben – auch dann, wenn Polizei unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit repressiv einschreiten muss. Die GdP fordert, dass die Bereitschaftspolizeien und Einzeldiensthundertschaften personell gut ausgestattet werden, die individuelle Körperschutzausstattung stets modernisiert wird und polizeibekanntes Gewalttätern mit allen Mitteln des Rechtsstaates entschlossen entgegengetreten wird. Wer Gewalt gegen Polizei wirkungsvoll bekämpfen will, muss für gut ausgestattete und motivierte Polizistinnen und Polizisten sorgen. Unsere Kolleginnen und Kollegen benötigen politischen Rückhalt, damit sie sicher agieren können.

eg/gdp

Impressionen vom Kongress:



IRISCHE POLIZEIKOLLEGEN AUF WOHLTÄTIGKEITSRADTOUR

GARDA SIOCHANA-TOUR DE FORCE

Von meinem ehemaligen Stationsleiter der Pst. Höchst, PHK Kraus bekam ich im Spätfrühling einen Anruf, der mich auf die irische Polizei-Radtour aufmerksam machte.

„Das ist doch etwas für dich, du bist doch der richtige Mann der mit Führungen von Radtouren vertraut ist. Ich schicke dir mal den Mailverkehr von dieser Veranstaltung!“ so PHK Kraus.

Über Interpol Dublin wurde um Unterstützung dieser Wohltätigkeitstour bei den beteiligten Dienststellen in Hessen und Bayern gebeten. Anlass war eine Wohltätigkeitsradtour der irischen Polizeidienststelle An Garda Síochána. (Wikipedia: Garda Síochána na hÉireann bedeutet: „Hüter des Friedens von Irland“ und bezeichnet auf Irisch die Nationalpolizei in der Republik Irland).

Diese Tour de Force sollte von Frankfurt nach Freising führen. Die Mitglieder dieser Polizeidienststellen fahren seit 1991 jährlich Fahrrad um Geldmittel für irische und internationale Wohltätigkeitsorganisationen zu beschaffen. Die durch die Teilnehmer und Sponsoren gesammelten Gelder gehen direkt an die betreffenden Wohltätigkeitsvereine. Das Ziel ist es außerdem die Verwendung der Spenden zu überwachen (z.B. medizinische Ausrüstung, spezielle Maschinen etc.)

Die Steuerung wurde dem PP Unterfranken in Würzburg übertragen. Die betroffenen Dienststellen, wurden um Unterstützung ersucht, so auch die PSt. Höchst im Odenwald.

Ich nahm Kontakt zu dem zuständigen Beamten bei E 2 des PP Unterfranken – PHK Preisendörfer – auf, um nachzufragen, ob meine Hilfe überhaupt benötigt werde und bat um weitere Informationen. Schnell musste ich feststellen, dass diese Tour sehr komplex war. Meine Mitwirkung wurde begrüßt, und weiter wurde mir vorab für meine Bereitschaft im Namen der irischen Kollegen gedankt.

Als Pensionär und begeisterter Radfahrer mit Tour-Leitungserfahrung nahm ich das Angebot sofort an.



Irische Kollegen

Am ersten Tag führte die Tour von Frankfurt nach Miltenberg.

Aufgrund der vorliegenden Fahrtroute stellte ich fest, dass nicht Frankfurt, sondern Babenhausen der Startort sein sollte. Anhand der Straßennamen war dies der Bahnhof in Babenhausen. Nach näherem Studieren der geplanten Fahrtstrecke, stellte ich fest, dass diese Route über viele stark befahrene Bundes- Landes – und Staatsstraßen führte.

Aus diesem Grund suchte ich nach einem alternativen Streckenverlauf.

Mit meinem MTB machte ich mich auf nach Babenhausen. Der Start sollte dort um 12:30 Uhr erfolgen. Dort angekommen war auch schon der Lkw mit den Rädern und dem Gepäck der Teilnehmer eingetroffen. Der Fahrer erklärte mir, dass er mit dem Lkw über den Ärmelkanal gekommen sei und die Teilnehmer per Flugzeug nach Frankfurt kommen würden. Vom Flughafen werden die Teilnehmer mit zwei Leihfahrzeugen zum Start nach Babenhausen gebracht. Eine Streife der Pst. Dieburg war auch vor Ort eingetroffen. Mit den Kollegen wurde die Strecke durch den Ortsbereich Babenhausen abgesprochen.

Endlich um 14:00 Uhr konnte der Start erfolgen. Die 30 irischen Kollegen waren in einem einheitlichen Outfit gekleidet und Ihre „Rennmaschinen“ waren für mich ein Alptraum, denn ich war mit meinem Mountainbike unterwegs!

Nun ging's auf die Strecke. Babenhausen – Schaaheim – erster Berg nach Radheim – Mosbach – Wenigumstadt – zweiter Berg- Pflaumheimer Höhe nach Mömlingen. Am Ortsausgang Mömlin-

gen wurden wir von einer Streife der Pst. Höchst sicher auf der B 426 nach Rosenbach geleitet. Von dort aus ging's über Rai-Breitenbach – Breitenbrunn – dritter Berg- aufs Hainhaus- geschafft! Von nun an ging's nur noch bergab nach Laudenbach und von dort über Klein – Heubach nach Miltenberg auf den Engelsplatz. Die erste Etappe war geschafft! Ich führte im Anschluss die Kollegen durch die Altstadt, am Gasthaus Riesen vorbei zum Schnatterloch und sehr wichtig für die Biertrinker, an der Brauereigaststätte Faust Bier vorbei, zum Hotel Rose, dem Übernachtungsquartier der Ersten Etappe.

Ich muss gestehen, ich war ganz schön platt. MTB gegen Rennmaschinen, das war ein ungleiches Rennen. Ich wurde noch zum Abendessen eingeladen, musste aber dankend ablehnen, da ich ja auch noch nach Hause zurück radeln musste. Nach Austausch kleiner Erinnerungsgeschenke wurde ich sehr herzlich verabschiedet und übergab die Gruppe an einen anderen Tourguide.

Ich bin mir sicher, dass die irischen Kollegen und die zwei weiblichen Teilnehmerinnen, nach dem Lunch, ihren Durst in der Brauereigaststätte der Faustbrauerei, gelöscht haben.

Mein Fazit: Ich hatte, wie auch die irischen Kollegen, viel Spaß miteinander und ich würde bei einem solchen Anlass immer wieder gerne zur Verfügung stehen. ■

DATEN ZUR 1. ETAPPE BABENHAUSEN-MILTENBERG:

- Fahrstrecke 59 km
- 847 Höhenmeter
- Start 14:00 h – Ankunft 17:30 h
- Durchschnittsgeschwindigkeit : 16,9 km/h

Ein Artikel von:

Herbert Herzog, POK a.D. – ehem. Pst. Höchst, Mitglied im Vorstand der GdP – BZG Südhessen

ÜBER DEN „ECKWEG“ NACH LAUDENBACH

HERBSTWANDERUNG DER GDP BERGSTRASSE DURCH DIE WEINBERGE

Sonnig war das Wetter nicht als die Mitglieder und Freunde der GdP-Kreisgruppe Bergstraße vom Parkplatz des Heppenheimer Friedhofs zu ihrer traditionellen Herbstwanderung aufbrachen. Es regnete nicht, war aber schwül und so kamen die erfahrenen Wanderfreunde leicht ins Schwitzen. Es ging zunächst leicht bergauf durch die Weinlage „Eckweg“, ein Weißwein, der eher als herb zu bezeichnen ist. Die Trauben waren aber fast alle schon geerntet doch einige Kostproben konnten Interessenten noch von den Reben pflücken. Besser schmeckten aber die Köstlichkeiten bei der eingelegten Rast zwischen den Rebstöcken mit Blick über das Ried bis zu den Hochhäusern von Mannheim und Ludwigshafen. Zu sehen war beim Blick zurück auch die Starkenburg in Heppenheim. Da machte es sich bemerkbar, dass die Bäume rund um die Burg beseitigt worden waren und



Die Heppenheimer Wanderer am Denkmal des Pilgers nach Santiago de Compostella in Laudenschbach. NW

Rodenheber organisierten Tour waren nämlich fast ausschließlich Pensionäre und Rentner/innen. Bergauf, bergab führte der teils feuchte Weg Richtung Lau-

denbach. „Die schöne Odenwälderin“ oder „Schwarzbraun ist die Haselnuss“ und den Schlager „Dich erkenn ich mit verbundenen Augen“. Alle Wanderer sangen lautstark mit, nicht unbedingt der Tonleiter folgend. Dass Horst Mischler noch mehr drauf hat, bewies er mit dem „Echo der Berge“ oder einem Schmankerl „Unser



Ein hübsch gedeckter Tisch ließ die Herzen der GdP-Freunde höher schlagen. MS

so die Burg (eine Jugendherberge und eine Gaststätte) besser zu sehen war als vor der Rodung. Kaminwurzeln, Käse-Tomaten-Spießchen, Laugenstangen, Bauernbrot und Schmalz standen auf dem Tisch, bunt dekoriert mit Walnüssen, Kastanien, kleinen Zierkürbissen, Mandeln, Äpfeln und farbigen Keramik-Pilzen von Andrea und Marie Rodenheber. Für den Durst standen in einer Kühlbox Riesling-Weine, Spätburgunder Weißherbst, Rotwein der Marke Saint Laurent, süßer Traubensaft und Mineralwasser. Das alles ließen sich die Wanderer schmecken und sie erzählten dabei die eine oder andere Anekdote aus ihrer früheren Dienstzeit. Teilnehmer der von Uschi Hess und Didi

denbach. Unterwegs sammelten einige Wanderer auch herabgefallene Walnüsse auf. Nach rund zwei Stunden wurde das Ziel erreicht, die Straußwirtschaft Wind. Vor dem Denkmal des Wanderers nach Santiago des Compostella wurde noch schnell ein Gruppenbild geschossen. Es musste schnell gehen, weil in Laudenschbach ein leichter Regen einsetzte. In der Straußwirtschaft servierte das Personal ländliche Köstlichkeiten wie gebackene Blutwurst mit Bratkartoffeln, Bratwurst, Kochkäse mit Musik und eine Winzerplatte. Ein gut gekühlter Riesling ließ die Stimmung schnell steigen. Dazu trug aber auch Horst Mischler bei. Mit seiner Harmonika intonierte er bekannte Lieder wie



Mit seinem Akkordeon sorgte Horst Mischler für eine fröhliche Stimmung in der Straußwirtschaft Wind. NW

Bernhardiner ist ein Schlawiner“. Es fehlten auch nicht die „roten Unterhosen von Frau Meier“. Horst Mischler ist ein vielseitiger Musiker. Neben der Harmonika spielt er auch Tenorhorn und das Alphorn. Nur einmal im Jahr, an Heiligabend bläst er von einem Balkon in seiner Heimatgemeinde Albersbach mit der Trompete „Stille Nacht, heilige Nacht“. Ein Shuttle-Service sorgte dafür, dass alle angeheiteren Wanderer wieder gut nach Heppenheim zurückkamen. Einig waren sich alle Wanderfreunde, dass die Tradition der Herbstwanderungen auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden soll. ■

NW

3. GDP-HÜTTENWANDERUNG DER KREISGRUPPE ODENWALD

Nachdem Kreisgruppen-Schriftführer Hartmut Schwöbel für 2012 den Karnischen Höhenweg zur Premierentour und 2013 den Stubaier Höhenweg als Tourengebiet auserkoren hatte, war er für 2014 dem Wunsch eines einzelnen Crewmitglieds gefolgt und hatte die Dolomiten zum Ziel gewählt.

So machte sich in der ersten Septemberwoche eine bunt gemischte, sechsköpfige Wanderschar pünktlich um 05.00 Uhr mit einem angemieteten VW-Bus von der PSt. Erbach aus auf die Anreise nach Südtirol:

Neben Organisator Schwöbel (BBD Reichelsheim) nahmen noch der ob des Zielgebietes über alle „vier Backen strahlende“ Bernd Hochstädter (PSt. Höchst), Klaus Bechtold (PSt. Erbach), Volker Fischer (Verkehrsdienst – Ast. Erbach), Frühpensionär Hans-Jürgen Schneider (ehemals PSt. Erbach) und Altpensionär Peter Vierhaus (ehemals PSt. Höchst) im Anreisefahrzeug Platz.

Leider musste ein angemeldeter, siebter Teilnehmer kurzfristig krankheitsbedingt absagen.



Die Grasleitenpasshütte (2599 m) – vom Weg auf den Antermoia-Pass

Zügig wurde über Stuttgart und Füssen Österreich erreicht und ohne größere Aufenthalte gelangte man anschließend über den Fernpass und Innsbruck auf die Brennerautobahn.

Auch hier lief alles wie am Schnürchen und so konnte um 12.15 Uhr am Zielort,



Die sechs Teilnehmer (v.l.n.r.) Hans-Jürgen Schneider, Klaus Bechtold, Bernd Hochstädter, Hartmut Schwöbel, Peter Vierhaus und Volker Fischer vor der Vajolet-Hütte.

nämlich Sankt Ulrich in Gröden auf 1236 m Meereshöhe, der VW-Bus im Parkhaus abgestellt und eine kleine Mittagspause in der Innenstadt eingelegt werden, bevor es ab 13.35 Uhr mit dem ÖPNV-Bus weiter nach Seis am Schlern (1004 m) ging. Hier hieß es, in eine Gondel der Seiser Alm – Bahn umzusteigen und auf 1857 m zu deren Bergstation aufzufahren. Ein erster, kleiner Fußweg zum Panoramalift schloss sich an. Mit dem Sessellift wurden im Anschluss nochmals 140 Höhenmeter überwunden und auf 2015 m hieß es dann endgültig: „Rucksäcke auf und los geht's!“

Zunächst noch recht flach, ja sogar teilweise wieder absteigend, ging es ab 15.15 Uhr zur Saltener Schwaige (1740 m), einer bewirtschafteten Hütte, von der aus die Rinder der Gemeinde Kastelruth, welche im Sommer auf der Seiser Alm weiden, durch den Hirten, den sogenannten Saltner, beaufsichtigt werden.

Für diese Idylle blieb allerdings wenig Zeit, galt es doch ab hier, einen dreistündigen, steilen Anstieg zum Tagesziel, dem Schlernhaus auf 2457 m, zu bewältigen.

Um 18.30 Uhr war diese erste, schweißtreibende und kräfteintensive Etappe geschafft und die Teilnehmer heil-

froh, sich im großen Gasträum der Hütte nachhaltig mit Getränken und einheimischen Speisen stärken zu können.

Das frühe Aufstehen, die lange Anfahrtszeit, der Höhenunterschied und der steile Aufstieg forderten jetzt ihren Preis und so war es nicht verwunderlich, dass die Odenwälder bereits vor der obligatorischen Hüttenruhe um 22.00 Uhr schon selig im Matratzenlager schlummerten.

Nach einem erquickenden Frühstück wurde am nächsten Morgen, kurz nach 08.00 Uhr, die Hüttenwanderung fortgesetzt. Jetzt hieß es, zunächst relativ flach in Richtung Thierser Alpl, einer Schutzhütte auf 2440 m, zu marschieren. Die Hütte wird jedoch nicht erreicht, sondern ist aus geringer Entfernung lediglich zu sehen, weil es ca. zehn Gehminuten zuvor heißt, scharf nach rechts abzubiegen und tief ins sogenannte „Bärenloch“ abzusteigen. Dabei sind etliche steile, teils seilversicherte Höhenmeter zu überwinden, bevor man auf ca. 2000 m die Talsohle erreicht hat. Alle schafften das mit Bravour und konnten sich somit der nächsten Herausforderung stellen. Denn wo es ab geht, geht es in den Alpen auch gleich wieder bergauf und so stampfte die Wanderschar



Das Christomannos-Denkmal – mit aufziehendem Nebel im Hintergrund

zunächst zur Grasleithütte (2165 m) hinauf, in der man von 12.00 bis 13.15 Uhr eine deftige Mittagspause einlegte, bevor es weiter steil hinauf zur Grasleithütte (2599 m) ging, die um 15.00 Uhr erreicht wurde. Es versteht sich von selbst, dass man sich nach diesem steilen Aufstieg eine weitere, einstündige Rast gönnte. Bis zur Vajolethütte, dem heutigen Etappenziel auf 2243 m, war es jetzt nur noch ein halbes Stündchen und das auch noch auf einem gut ausgebauten Weg bergab, so dass in der idyllisch gelegenen, direkt an der Felswand auf dem Grat gebaute Hütte das Nachmittagsbier umso besser mundete. Schließlich war man ja nicht auf der Flucht.

Um 16.45 Uhr war letztendlich auch die Vajolethütte erreicht und ein weiterer, beschaulicher Hüttenabend in der guten Stube des Hauses schloss sich an.

Am nächsten Tag hieß es, lediglich den Tagesrucksack zu packen, denn die Vajolethütte sollte auch nach dieser Tour das Nachtquartier bieten.

Hartmut Schwöbel hatte als Guide eine Rundtour durch den Rosengarten über die Rotwandhütte sowie die Kölner Hütte (ehemals Rosengartenhütte) ausgewiesen.

Nachdem zunächst ein kleiner, unbedeutender Regenschauer abgewartet wurde, ging es um 08.30 Uhr los. Relativ unschwer und mit schönen Ausblicken verbunden, erreichte das Team um 11.30 Uhr die Rotwandhütte zur Mittagspause, zu der sich auch eine elfköpfige Wandergruppe aus dem unterfränkischen Aschaffenburg eingefunden hatte.

Nach der entsprechenden 45-minütigen Stärkung ging es zum Christomannos-Denkmal weiter. Hierbei handelt es sich um einen fast drei Meter hohen und 350 kg schweren Bronzeadler, der oberhalb des Karerpasses steht und beliebtes Fotoobjekt ist.

Nachdem auch die obligatorischen Bilder der Südhessen gefertigt waren, wanderten diese in Richtung Kölner Hütte weiter.

Hierbei zog allerdings ein dermaßen dichter Nebel aus dem Tal gen Berg hinauf, so dass nach wenigen Minuten nur noch „dicke Suppe“ statt herrlicher Panoramablick herrschte. Da keine Aussicht auf Besserung bestand, wurde kurzentschlossen der Rückzug angetreten und auf den Weg zur Kölner Hütte und die Überschreitung des Tschaggerjochs verzichtet – schade, aber vernünftig.

Auf gleichem Weg zurück war dann um 16.30 Uhr die Vajolethütte wieder erreicht und einem zünftigen Hüttenabend stand, trotz der nachmittäglichen, nebligen Wetterkapriole, nichts mehr im Wege.

Am vorletzten Tourentag musste von der Vajolethütte Abschied genommen werden. Ab 08.15 Uhr ging es zunächst wieder einmal zur Grasleithütte hoch und von dort aus dann rechts ab, steil hinauf auf den Antermoia-Pass, mit 2770 m die höchste Stelle der diesjährigen GdP-Wanderung.

Von hier aus ging es bergab, am romantischen Antermoiassee vorbei, zur Antermoia-Hütte (2497 m), die um 11.15 Uhr erreicht war. Sie wird zurzeit vergrößert

und hat deshalb momentan einen Baukran nebenan als „Wahrzeichen“ stehen.

Nach einer kräftigenden Mittagspause, die bis 12.00 Uhr andauerte, ging es hoch zum Passo Dona (2516 m) und im Anschluss steil bergab ins Val de Dona (1955 m), wo natürlich, wie konnte es anders sein, ein weiterer Anstieg zum Mahlknechtjoch (2168 m) auf die Gewerkschaftscrew wartete. Aber auch dieser war um 15.00 Uhr bezwungen und nach einer kurzen, unmaßgeblichen Regenspause kurz unterhalb des Grats (glücklicherweise war gerade ein Unterstand vorhanden) konnte auf den Panoramaweg in Richtung Plattkofelhütte, dem Tagesziel, eingebogen werden. Die Hütte war um 16.30 Uhr erreicht und ein gehöriger Abschlussabend konnte beginnen.

Am letzten Tag stand eigentlich nur noch ab 08.00 Uhr der Abstieg auf dem Friedrich-August-Weg zum Sellajochhaus (2198 m) auf der Agenda. Da man aber auf der Plattkofelalm den Abzweig verpasste („Schande über den Führer“), stieg man anstatt zum Sellajoch zunächst ins Durontal und somit auch ins Fassatal nach Campitello (1448 m) und weiter nach Canazei (1460 m) hinunter. Nach kurzer Beratung sowie aussichtsloser Busverbindung wurde kurzerhand ein Großbraumtaxi geordert und nicht lange fackelnd mit dem Transport nach Sankt Ulrich zur Tiefgarage beauftragt.

Dort war schließlich ab 12.15 Uhr die Rückfahrt in den heimischen Odenwald angesagt. Unterbrochen von einem längeren Stau vor der Mautstelle Sterzing sowie einer Rast am empfehlenswerten Imbiss-Stand „Wurscht & Durscht“ in Obsteig wurde kurz vor 21.00 Uhr der Ausgangspunkt in Erbach unfall- und Vorkommnis frei wieder erreicht.

Fazit: Trotz des kleinen „Abstiegs-lapsus“ am letzten Tag war es wiederum eine rundum gelungene Tour, die (abgesehen von zwei kleinen Schauern und dem Nebel vor der Kölner Hütte) auch von einem passablen Bergwetter mit Sonnenschein und Fernsichten begleitet wurde. Ein besonderes Danke schön gilt Hartmut Schwöbel, der die Tour organisierte und mit Rat und Tat den Bergkameraden zur Seite stand.

Seinen Ausführungen war am Ende der Tour zu entnehmen, dass die Planungen für 2015 schon im Gange sind. ■

HS

PENSIONÄRE, RENTNER TRAFEN SICH IN DARMSTADT

REGER GEDANKENAUSTAUSCH BEIM KAFFEE UND KUCHEN UND EINEM KÜHLEN BIER

Sie hatten sich lange nicht mehr gesehen, die zahlreichen Rentner/innen und Pensionär/innen des Polizeipräsidiums Südhessen in Darmstadt. Sie nutzten das jährliche Treffen am Nachmittag des 17. Oktober auf dem Gelände, in der Garage der Klappacher Straße, um sich über Vergangenes und Gegenwärtiges auszutauschen, um zu erfahren, wie es dem oder der einzelnen Kolleg/in gesundheitlich geht, um zu erfahren, wer bereits gestorben ist aber auch, um sich neueste Klatschgeschichten zu erzählen. Polizeipräsident Gosbert Dölger und sein Vize, Uwe Brunnengräber hatten mit dem Personalratsvorsitzenden Antonio Pedron gemeinsam zu diesem Treffen traditionsgemäß eingeladen. Sie ließen sich auch bei den Pensionären sehen und plauderten mit den Kolleg/innen, die sie von früher her aus deren aktiver Zeit noch kannten. Der

aufmerksame Betrachter konnte erkennen, dass dieses Pensionärstreffen allen Eingeladenen Spaß machte. Die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei und des Personalrats, allen voran der Vorsitzende mit seinen Stellvertretern Mike Majewski,



Sie kennen sich von früher aus dem Kreis Bergstraße, Wolfgang Riedel, Horst Wiemer und Werner Vatter

Annerose Meierewert und die Geschäftszimmerdame Anke May, sorgten für Kaffee und Kuchen, schenkten Getränke aus



Pensionäre ließen sich ein kühles Bier schmecken

und grillten Steaks und Bratwürste. Das Wetter zeigte sich von der Seite, die man als „Goldener Oktober“ bezeichnen kann. Es wurden zahlreiche Fotos gemacht, die nicht nur in unserer GdP-Zeitschrift „Polizei-Report“ zu sehen sind sondern auch im Internet unter www.polizei.hessen.de erscheinen sollen.

NW

Einladung zur Jahreshauptversammlung 2014

Kreisgruppe Darmstadt

Hiermit laden wir zur ordentlichen Jahreshauptversammlung 2014 ein.

Dienstag, 20. Januar 2015 in der TAV-Gaststätte, Jahnstr.2, 64859 Eppertshausen

Beginn: 14:30 Uhr

Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Ehrungen von langjährigen Mitgliedern, die Nachwahl eines Vorsitzenden und Berichte des Vorstandes.

Anträge und Wahlvorschläge zur Tagesordnung sind schriftlich bis spätestens 13. Januar 2015 einzureichen an: Christian Andreas Richter (Abteilung Zentrale Dienste), Martin Keller (1. Revier), Maike Krämer (2. Revier) oder an Reinhardt Wittke, E-Mail: reinhard.wittke@gmx.de, Telefon: 06074/2159861.

Dienstbefreiung ist gem. HBG/TV-H zu beantragen.

Eingeladen sind alle aktiven und pensionierten Kolleginnen und Kollegen der GdP Kreisgruppe Darmstadt. Zwecks Organisation wird um Zu- oder Absage gebeten.

SENIORENSEMINAR IN TANN/RHÖN

EIN SCHNELL AUSGEBUCHTES UND BELIEBTES GDP-SEMINAR

Der Landesseniorenvorstand der GdP Hessen hatte zu einem 2-tägigen Seminar am 04. und 05. November 2014 nach Tann in das Hotel Krone eingeladen.

Wieder dabei waren teilweise auch die Partner oder Begleitungen der Mitglieder. Der Zuspruch war überwältigend, so dass schon nach kurzer Zeit das Seminar ausgebucht war. Der Landesvorstand reagierte umgehend und genehmigte ein zweites Seminar für das Frühjahr 2015.

Dieses wird am 24./25. März 2015 stattfinden. So konnte unser Landesseniorenvorsitzender Harald Dobrindt die 51 Seniorinnen und Senioren aus dem ganzen Hessenlande begrüßen.

Die Themen: Erben und Vererben; Gesunde Ernährung, Bewegung und Vorsorge, sowie die Patientenverfügung, Betreuungsverfügung und Vorsorgeverfügung füllten den ersten Tag.

Zwischendurch informierte Peter Witting die Seniorinnen und Senioren über die

GdP im Internet und die Homepage der GdP, und dem sicheren Auftreten in der Welt des Internet.

Nach dem Abendessen gab es noch interessante Filmvorführungen: Einmal der „Werbefilm Junge Gruppe“ und „Als die Polizei noch mit dem Käfer kam“.

Anschließend fand man sich zu gemütlichen Gesprächen noch bis Mitternacht zusammen.

Der zweite Tag begann mit dem Tagesordnungspunkt: „Senioren als Opfer von Straftaten.“

Hier referierte PHK Auth vom Polizeipräsidium Fulda.

Er unterrichtete die Teilnehmer über die Gefahren vom Trickdiebstahl bis hin zum Enkeltrick. Untermalt und sehr gut dargestellt wurde dies im Bild und Ton.

Anschließend brachte Charly Braun mit seiner Theatergruppe aus Darmstadt dieses Thema nochmals in fröhlichen und unterhaltsamen Aufführungen in den Saal. Zum Abschluss kam unser Landesvorsitzender Andreas Grün in die Runde.

Er berichtete über aktuelle gewerkschaftliche Themen, die uns Senioren, unsere aktiven Kollegen und schließlich alle Landesbedienstete in ganz besonderer Form betreffen werden. Die Landesregierung will 20 Millionen Euro bei der Beihilfe einsparen.

Dies soll auf die Beamtinnen und Beamte abgewälzt werden. Die Beihilfe soll gekürzt werden. Die Einkommen sollen im nächsten Jahr eine Nullrunde erfahren und die Folgejahre sollen die Einkommen um lediglich ein Prozent erhöht werden.

Darüber hinaus sollen trotz der angespannten Lage und Überlastung im täglichen Polizeidienst noch 147 Stellen bei der Polizei gestrichen werden. Der Unmut ist so groß wie nie zuvor!

Die Gewerkschaft der Polizei Hessen wird in den kommenden Wochen Protestaktionen starten. Hier sind auch wir, die Senioren, aufgerufen sich aktiv mit zu beteiligen.

Dieter Kilian



ERWEITERUNG DES SEMINARANGEBOTES

Auf die Ausschreibung des obigen Seniorenseminars für November 2014 hatten sich rund 100 Bewerberinnen und Bewerber gemeldet. Man plante sofort ein zweites Seminar für März 2015. Die Kolleginnen und Kollegen mussten auf zwei Termine aufteilt werden. Diese beiden Seminare waren damit auch schon ausgebucht.

Bisher organisierte der Landesseniorenvorstand alle zwei Jahre ein Seminar für Senioren und alle zwei Jahre ein Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Auf Anregung des Seniorenvorstandes

fasste der Landesvorstand im Oktober einen Beschluss.

Es werden zukünftig die beiden Seminare jährlich angeboten. Für Herbst 2015 erfolgt im Sommer die Ausschreibung eines Seminars für Kolleginnen und Kollegen kurz vor oder nach dem Ruhestand.

Für Frühjahr 2016 sind dann wieder die Senioren am Zuge. Da nun jährlich ein Vorbereitungsseminar angeboten wird, können sich dann auch nur Ruheständler für das Seniorenseminar bewerben.

Es werden jeweils zweitägige Veranstaltungen mit der Möglichkeit einer

Übernachtung angeboten. Bei diesen Seminaren können auch die Partner teilnehmen.

Der Seniorenvorstand



RECHT UND GERECHTIGKEIT – AUS DEN GERICHTEN

FREISRUCH FÜR DIE POLIZEIBEAMTEN

Es war eine alltägliche polizeiliche Begebenheit, die sich am 17. November 2012, gegen 10 Uhr, in Oberursel/Oberstedten ereignete. Die Polizeistreife – eine Oberkommissarin und ein Oberkommissar – begegnete mit ihrem Einsatzfahrzeug einem anderen Pkw, der mit zwei männlichen Personen besetzt war. Als die Polizeistreife dabei feststellte, dass der Beifahrer nicht angeschnallt war, folgte die übliche Kontrolle. Wie sich dabei herausstellte, saß am Steuer ein damals 76 Jahre alter Arzt im Ruhestand und daneben dessen 31-jähriger Sohn, ein praktizierender Rechtsanwalt.

Der Rechtsvertreter sah seinen Fehler, gegen die Anschnallpflicht verstoßen zu haben, sofort ein und akzeptierte die gemäß Strafkatalog ausgesprochene Geldbuße von 30 Euro. Damit hätte die Sache erledigt sein können, war sie aber nicht. Denn die Streifenbesatzung wollte noch die übliche Personalüberprüfung vornehmen, was nun Probleme auslöste, da der Anwalt keine Personalpapiere mitführte. Zu allem Übel hatte auch der am Steuer sitzende Dr. med. i. R. keinen Führerschein dabei. Das machte laut Bußgeldkatalog 10 Euro für den 76-Jährigen. Nun gab es schon die ersten Problemen mit dem Senior. Der wollte zuerst eine Quittung haben und danach die 10 Euro zahlen. Dass dann auch noch eine Computer-Abfrage zwecks Personalien- und Führerscheinüberprüfung erfolgen sollte, war für den offenbar ungeduldigen Kfz.-Lenker „des Guten“ zu viel. Ihm missfiel der uneingeplante Polizei-Stopp, da sein mitfahrender Sohn einen Friseurtermin hatte, der nun zu kippen drohte.

FAHRZEUGFÜHRER WAR UNGEDULDIG

Während der Sohn die Contenance behielt, wurde der Vater über die Zeitverzögerung verärgert. Zuerst legte er sich mit dem Oberkommissar an. Dabei hielt der etwas schwerhörige Mann dem Beamten vor, dass er zu leise spreche.

Anschließend waren die polizeilichen Worte zu laut. „Das müssen wir noch ein bisschen üben“, sagte er zu diesem. Das sei halt sein eigenwilliger Humor, den er manchmal zeige, sagte er nun vor dem Bad Homburger Richter, denn dort war der Fall jetzt gelandet, nachdem es damals noch mehr „Humor“ und auch poli-



zeiliche Aktivitäten gegeben hatte. Denn jetzt mussten sich die beiden Polizeibeamteten wegen „Nötigung“ und „Körperverletzung im Amt“ verantworten. Ein mit hoher Strafe bedrohtes Delikt, dem im Falle einer Verurteilung auch schmerzliche disziplinarische Folgen gedroht hätten.

Nachdem der 76-Jährige damals den Beamten über die richtige Lautstärke belehrt hatte, wandte er sich dessen Kollegin zu, die über Funk die Personal- und Führerscheinabfragen durchführte.

Er habe die Wagentür aufgerissen und vorwurfsvoll gefragt, wie lange das ganze noch dauere. Die Beamtin zog die Tür wieder zu, damit der zu Überprüfende nicht die Funkgespräche mithören sollte. Aber das wiederum akzeptierte nach Aussagen der Oberkommissarin der 76-Jährige nicht. Er habe die Tür wieder aufgerissen und sich so hingestellt, dass sie nicht geschlossen werden konnte.

Als die Beamtin den Mann laut ihrer Darstellung zurückschob, war der Senior ins Straucheln gekommen. „Aus Respekt vor seinem Alter wollte ich keine Konfrontation mit dem Mann“, trug die Beamtin in der Verhandlung vor. Aber zu dieser nicht gewollten Auseinandersetzung kam es dann doch noch. Die Beamten hätten wohl eine Übung oder Dienst nach Vorschrift dokumentieren wollen, sagte der jetzt 78-Jährige hierzu. „Ein weiteres Einschreiten der Beamten gab es nur, weil Sie keine Ruhe gaben“, lautete der Vorwurf des Oberstaatsanwaltes an den älteren Herren.

DER FAHRZEUG-LENKER MUSSTE MIT ZUR DIENSTSTELLE

Die Sache hatte sich dann so hoch geschaukelt, dass dem Senior Handschellen angelegt wurden und er mit zur Wache musste. Doch hiergegen wehrte sich der Mann, in dem er sich am Dach des Polizeiwagens festhielt. Ein ähnliches Prob-

lem gab es danach auf der Polizeistation. Dort wollte der Mann nach Angaben der Polizei nicht aussteigen.

Er habe sich so erniedrigt gefühlt und geschämt über die Art, wie man mit ihm umgegangen sei, war die Einlassung des 78-Jährigen im Gericht. Da der Mann im Zuge der Fesselung Hautabschürfungen an den Handgelenken davongetragen hatte, folgte später eine Anzeige gegen die Beamten wegen Körperverletzung im Amt sowie wegen Nötigung durch das „Wegschubsen“ von der Autotür.

Diese Anzeige war aber erst drei Monate nach der gegen ihn erstellten Anzeige wegen Widerstandes gegen die Polizeibeamteten erfolgt. Während das Strafverfahren gegen den nun 78-Jährigen später eingestellt wurde, wurde der Strafvorwurf auf Intervention der Anklagebehörde gegen die Beamten aufrecht erhalten.

FREISPRUCH IM GERICHT

Doch zum Abschluss der mehrstündigen Verhandlung kam der anklagende Oberstaatsanwalt Kurt Hahn in seinem ausführlichen Plädoyer zu der Überzeugung, dass den Oberkommissaren kein strafbares Verhalten anzulasten sei. Die Beamtin habe beim Zurückstoßen des Mannes nicht unverhältnismäßig gehandelt, so der Ankläger. Der Autofahrer habe nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen können, die Wagentür gegen den Willen der Beamtin zu öffnen und offen zu halten.

„Das ist ein Freispruch erster Klasse“, so der Anklagevertreter. Auch die Verletzungen am Handgelenk habe der 78-Jährige durch sein Verhalten selbst verschuldet. Das komme öfters vor, dass eine Fesselung bei entsprechender Gegenwehr zu Hautabschürfungen führe.

Noch deutlicher war die Einlassung der Anwältin, die für die angeklagte Oberkommissarin den Part übernommen hatte. Für sie war es eine überflüssige Anklage gegen die Beamten, die man zu Unrecht über einen monatelangen Zeitraum einer solchen Anklagebelastung ausgesetzt habe, warf sie der Anklagebehörde vor.

Richter Jürgen Feuerherdt schloss sich den Argumenten des Oberstaatsanwaltes an und sprach beide Angeklagte frei. ■

Heinz Habermehl